**Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses**

Protokoll

42. Sitzung (nicht öffentlich)

02. November 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	11
Einzelplan 09 - Ministerium für Bundesangelegenheiten	8
Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann	15
Einzelplan 13 - Landesrechnungshof	1
Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr	16

Der Unterausschuß beschäftigt sich in einem ersten
Beratungsdurchgang mit den genannten Einzelplänen.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Seite

2 **Verschiedenes**

18

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) gibt eine **Ergänzung** zu
Ausschußprotokoll 11/730 über die Sitzung vom 07.
November 1992 zu Protokoll.

Nächste Sitzung: Freitag, 05. November 1993

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Der Unterausschuß verständigt sich zu Beginn der Sitzung darauf, die Einzelpläne in der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Reihenfolge zu behandeln.

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Der Vorsitzende bittet den Präsidenten des Landesrechnungshofs um Erläuterungen zum Haushalt und insbesondere zur anstehenden Neuorganisation des Landesrechnungshofs.

Der Präsident des Landesrechnungshofs, Prof. Dr. Munzert, macht deutlich, daß der Stellenplan für das Jahr 1994 im Grunde genommen keine Besonderheiten aufweise. Allerdings sei ab 01. Januar 1995 eine Neuorganisation der externen Finanzkontrolle zu erwarten. Die damit verbundenen Einsparungen seien schon im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushaltsplan 1993 erörtert worden.

Insgesamt sollten gemäß dem Kienbaum-Gutachten 176 Stellen eingespart werden können und somit ab 1995 mit kw-Vermerken versehen werden. Das Einsparvolumen sei mit rund 11,2 Millionen DM jährlich berechnet worden. Dabei sei für die verbleibenden Mitarbeiter in sechs nachgeordneten Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern, die zum Landesrechnungshof kämen, ein Stellenkegel zugrunde gelegt worden, der sich auch an dem Kienbaum-Gutachten orientiere.

Er fügt erläuternd hinzu, gegenwärtig gebe es 24 sogenannte Vorprüfungsstellen, die auf verschiedene Ressorts verteilt seien und unter der Dienstaufsicht der jeweiligen

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Fachbehörden, aber der Fachaufsicht des Landesrechnungshofs stünden. Auf gewisse Probleme, die es damit in der Vergangenheit immer wieder gegeben habe, sei zurückzuführen, daß hier die Anregung umgesetzt werde, das Ganze straffer und effektiver zu gestalten.

Ergebnis sei also, daß von den in den 24 Vorprüfungsstellen jetzt vorhandenen 601 Stellen 176 eingespart werden könnten; 275 Stellen sollten unter der Dienstaufsicht des Landesrechnungshofes zu nachgeordneten Rechnungsprüfungsämtern kommen, und 150 Stellen verblieben bei den Ressorts als "interne Qualitätskontrolle".

Zeitgleich mit der Sitzung des Unterausschusses am 31. August habe das Kabinett getagt und einen entsprechenden Beschluß gefaßt. In der Zwischenzeit habe auch der Landesrechnungshof zu dieser Neuordnung sein Einvernehmen erteilt.

Für das Jahr 1995 seien dann, unabhängig von den jetzt zu erledigenden äußeren Regularien, einige Probleme zu erwarten. Heute sei der Gesetzentwurf der Landesregierung eingetroffen. Es werde auch noch eine Rechtsverordnung erlassen werden müssen, in der Ort und Zahl der Rechnungsprüfungsämter festgesetzt werde. Dies sei für seine Begriffe relativ einfach.

Das Problem werde sein, wo die 176 Stellen ausgebracht würden. Dazu gebe es unterschiedliche Meinungen. Bei der Landesregierung überwiege im Augenblick die Tendenz, sie zusammen mit den 275 Stellen, die zu den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern und damit in den Bereich des Landesrechnungshofes kämen, auch zum Landesrechnungshof zu verlagern.

Dem liege wahrscheinlich die Überlegung zugrunde, eine solche Neuorganisation ähnlich wie etwa die Teilung eines Ministeriums handhaben zu können und die Stellen pauschal in das neue Ressort zu schieben. Die entsprechenden Bestimmungen in § 50 LHO ließen sich auf diesen Fall jedoch nicht so ohne weiteres anwenden, weil die Änderung mit einem neuen Haushaltsjahr in Kraft trete und sich die erwähnten Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung auf Änderungen während eines Haushaltsjahres bezögen.

Hinzu komme, daß sich die Aufgabenstellung inhaltlich verändere und jede Person, die zum Landesrechnungshof komme, einzeln versetzt werden müsse und nicht pauschal versetzt werden könne. Dies ergebe sich sowohl aus dem Beamten- als auch aus dem Personalvertretungsrecht.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Gegenwärtig spreche man mit den verschiedenen Ressorts über diese Fragen. Im Endergebnis könne dabei seines Erachtens nur herauskommen, daß man Lösungen im Einvernehmen mit den entsprechenden Mitarbeitern finde und dabei auch persönliche Belange berücksichtige. So gebe es möglicherweise Düsseldorfer, die derzeit an einer Vorprüfungsstelle außerhalb Düsseldorfs arbeiteten und dann im Rechnungsprüfungsamt in Düsseldorf eingesetzt werden könnten.

Unabhängig von den rechtlichen Überlegungen sei, vom Sparziel her gesehen, die Frage der Praktikabilität zu hinterfragen. Wenn der Landesrechnungshof 176 kw-Stellen bekomme, die wegen der Straffung der Arbeit nicht benötigt würden, dann dauere es 15 bis 25 Jahre, bis diese kw-Vermerke eingelöst würden, weil der Landesrechnungshof einen viel geringeren Personalbestand habe als die Ressorts, aus denen sie abgegeben würden.

Außerdem müsse man für die 176 Stellen räumliche und sächliche Voraussetzungen schaffen. Momentan würden Überlegungen angestellt, wo sie untergebracht werden könnten, wenn man Einigkeit über die Standorte der Rechnungsprüfungsämter erzielt habe; die Vorstellungen gingen dahin, bei jedem Bezirk eines sowie ein weiteres für Steuerangelegenheiten, also insgesamt sechs, einzurichten. Möglicherweise müßten dann Räume für Mitarbeiter auf kw-Stellen angemietet werden, die irgendwann im Laufe der Zeit wieder weggingen.

Hinzu komme ein bestimmter Investitionsbedarf, wenn man die Datenverarbeitung miteinander vernetze, sowie Bedarf an Mobiliar.

Von daher wäre es sinnvoller, diese kw-Stellen verblieben dort, wo sie jetzt angesiedelt seien, und würden dort für eine begrenzte Zeit die Aufarbeitung von Aufgaben übernehmen, bis die kw-Stellen wegfielen.

Nach überschlägiger Rechnung würden sich die Mietkosten, wenn man für alle 176 Stellen Anmietungen vornehmen müßte, auf eine halbe Million DM jährlich belaufen. Der Investitionsbedarf läge bei 1,5 bis 1,75 Millionen DM. Er wage zu bezweifeln, ob dies alles sinnvoll wäre.

Deswegen gingen die Bemühungen des LRH in Gesprächen mit den Ressorts dahin, die kw-Stellen in dem bisherigen Bereich zu belassen und die 275 Stellen zu übernehmen, sie aber dann aus dem jetzt vorhandenen Personalbestand zu besetzen und nicht auf dem freien Markt neue Kräfte zu suchen. Dazu bedürfe es aber der Gespräche im Einzelfall.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Man wolle einen Fragebogen an alle Mitarbeiter verschicken, weil sie in Kenntnis der Entwicklung ein wenig beunruhigt seien. Dies könne allerdings nicht der LRH allein, weil er nicht die Dienstaufsicht habe. Am Donnerstag finde das letzte Gespräch darüber mit den Ressorts statt.

Jetzt stehe an, nach dieser Neuorganisation einen Stellenkegel zu entwerfen und dann bis etwa Ostern auch den Stellenplan und den Haushaltsvoranschlag für 1995 aufzustellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß angesichts knapper Haushaltsmittel zunächst einmal jede Lösung zu favorisieren sein werde, die am wenigsten koste und auch die wenigsten Personalbewegungen zum Inhalt habe. So gesehen, werde die zuletzt dargestellte Lösung, die sicherlich nicht auf die volle Zustimmung aller beteiligten Ressorts stoßen werde, die kostengünstigste sein. Er fragt, ob sich der LRH möglicherweise ein Veto dagegen vorbehalten habe.

LRH-Präsident Prof. Dr. Munzert verneint diese Frage, stellt aber klar, daß es zu dieser Neuorganisation ohne Zweifel der Beteiligung des Landesrechnungshofes bedürfe. Bisher habe sich in der Zusammenarbeit mit den Ressorts im Endergebnis stets der vernünftige Weg durchgesetzt, und er habe keine Zweifel, daß das auch in diesem Fall so sein werde.

Abgeordneter Harms (SPD) weist darauf hin, daß ausweislich der Vorlage 11/2433 bei den Beamtenstellen die Ist-Besetzung um 10 % unter der Soll-Veranschlagung liege. Er möchte wissen, ob dies schon mit Blick auf eine mögliche Änderung bewußt so geschehen sei, um hieraus Personal rekrutieren zu können.

Wenn dies nicht zutreffe, interessiere ihn, worin die grundsätzlichen Schwierigkeiten des Landesrechnungshofs zu sehen seien, Personal für den höheren Dienst zu bekommen.

Präsident Dr. Munzert gibt zu bedenken, daß gegenwärtig eine relativ hohe Fluktuation insbesondere deshalb festzustellen sei, weil wegen ihres Dienstaltes eine ganze Reihe von Mitarbeitern ausgeschieden seien. Auch von den Mitgliedern des Landesrechnungshofs seien in den letzten knapp sechs Jahren, in denen er Präsident sei, wegen der Altersstruktur über die Hälfte ersetzt worden.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

So seien per 01.09.1993 15 Stellen nicht besetzt, wovon acht Stellen - vor allem die im höheren Dienst - mit der Besetzungssperre versehen und sieben Stellen frei seien. Im höheren Dienst habe man gerade in letzter Zeit einige Mitarbeiter mit qualifizierten Erfahrungen in anderen Verwaltungen auf der Ebene Oberregierungsrat/Regierungsdirektor gewinnen können. Insofern gebe es im Prinzip keine Probleme; das Hauptproblem liege in der Altersstruktur und in der Besetzungssperre.

Der **Vorsitzende** verweist auf die Feststellung des Gutachterdienstes, daß der Landesrechnungshof in den letzten Jahren regelmäßig eine Unterbesetzung von über 10 Stellen - mit steigender Tendenz - gehabt habe. Bei anderen Ressorts würden Stellen, die über längere Zeit nicht besetzt seien, einkassiert. Die bisherige Argumentation überzeuge ihn nicht.

Präsident Prof. Dr. Munzert macht geltend, daß er schon Wert auf eine Besetzung der Stellen lege, weil davon auch die Qualität der Arbeit des LRH abhängen.

Die **Leiterin der Präsidialabteilung, Leitende Ministerialrätin Keisers (LRH)**, unterstreicht zunächst, daß es in den letzten Jahren eine vergleichsweise große Fluktuation gegeben habe. Im letzten Jahr seien zum 01.09. 11 Stellen unbesetzt gewesen. Seit dem 01.09.1992 habe der LRH 13 neue Mitarbeiter bekommen. Die jetzt unbesetzten seien also nicht identisch mit den im letzten Jahr unbesetzten Stellen.

Gegenwärtig liefen 10 konkrete Besetzungsverfahren. Auf eine Ausschreibung seien über 50 Bewerbungen eingegangen. Nach den Vorstellungsgesprächen habe man 12 Mitarbeiter ausgesucht, von denen zwei inzwischen zurückgetreten seien, so daß 10 übriggeblieben seien, deren Einstellung auch der Personalrat bereits zugestimmt habe.

Ein Problem sei, daß man, da der LRH nicht selber ausbilde, die Mitarbeiter immer von anderen Behörden hole, woraus sich immer wieder Schwierigkeiten ergäben, weil man natürlich den abgebenden Behörden entgegenkommen müsse.

In der Besoldungsgruppe A 9 beispielsweise gebe es zwischen der Soll- und der Ist-Besetzung eine Differenz von 2. Eine dieser Stellen sei gesperrt, die andere sei am 01.09.1993 frei geworden. Man habe die Vorstellung gehabt, diese Stelle ideal besetzen zu können; denn der vorgesehene Mitarbeiter sei bereits ausgesucht gewesen, und sein Arbeitsantritt zum 01.09. sei signalisiert worden. Dann sei dem LRH

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

mitgeteilt worden, daß dies aus verschiedenen Gründen doch nicht zum 01.09., sondern wahrscheinlich erst zum 01. Februar nächsten Jahres möglich sei.

Solche Dinge geschähen immer wieder, und der Landesrechnungshof müsse dabei auch ein wenig auf die Interessen der Ressorts Rücksicht nehmen, von denen diese Mitarbeiter überwiegend kämen.

Ähnlich verhalte es sich auch mit den erwähnten 10 Besetzungsverfahren. Bei sechs davon könne man konkret sagen, wann der jeweilige Mitarbeiter seinen Dienst antreten werde; bei den anderen sei das Datum noch offen, es stehe nur fest, daß sie zum LRH kämen. Man gehe davon aus, daß sie alle bis zum 01. März nächsten Jahres ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Abgeordneter Schittges (CDU) kommt auf den Vermerk des Gutachterdienstes zurück, daß in den vergangenen Jahren die Unterbesetzung regelmäßig bei über 10 Stellen gelegen habe und von Jahr zu Jahr gestiegen sei. Dies müsse einfach den Eindruck erwecken, daß der Landesrechnungshof seine Aufgaben mit der derzeitigen Personalbesetzung bewältigen könne und daß die kontinuierlich nicht besetzten 10 Stellen abgebaut werden könnten.

LMR'in Keisers (LRH) macht darauf aufmerksam, daß davon gegenwärtig acht Stellen gesperrt seien und somit gar nicht besetzt werden könnten. Es würden immer nur die unbesetzten Stellen angeführt, ohne eine Begründung dafür zu liefern, warum sie unbesetzt seien. Eine Stellenbesetzungssperre gebe es seit mehreren Jahren. Gegebenenfalls müßte man die Stellen im konkreten Fall zurückverfolgen.

Zudem handle es sich bei solchen Darstellungen stets um eine Momentaufnahme. Wenn man einen anderen Stichtag zugrunde legte, könnte sich ein ganz anderes Bild ergeben.

Abgeordneter Schittges (CDU) gibt zu bedenken, daß der LRH-Präsident bei dringendem Besetzungsbedarf eine Entsperrung vornehmen könne.

Dies sei zwar, so bestätigt **Präsident Prof. Dr. Munzert**, nach dem Haushaltsgesetz möglich, doch sollte man mit einem solchen Recht auch sorgfältig umgehen; das

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

geschehe seitens des Landesrechnungshofes, und das stehe ihm nach seinem Dafürhalten auch gut an.

Wenn man lediglich die Zahlen miteinander vergleiche, ergebe sich ein falsches Bild. Man müsse auch berücksichtigen, welche Stellen hinter den jeweiligen Zahlen stünden, wer auf der Stelle gesessen habe und weggegangen sei. Es handle sich von Jahr zu Jahr um andere Stellen, auch wenn sich in der Summierung die gleiche Zahl wiederhole.

Der LRH sei bemüht, die Stellen jeweils so schnell wie möglich wieder zu besetzen. Es handle sich also nicht etwa um ein Versäumnis, sondern die Nichtbesetzung ergebe sich aus der Fluktuation und aus der Frage, wen man auf eine freigewordene Stelle setzen könne. In einem Ministerium zum Beispiel seien die Dinge etwas einfacher, weil man sich dort aus dem eigenen Bereich rekrutieren und im Ernstfall die Besetzungssperre erst einmal verlagern könne. Beim LRH sei die Umsetzung der Bemühungen schon etwas schwieriger, weil die Mitarbeiter beispielsweise auch aus Bundesministerien oder aus dem kommunalen Bereich und damit auch aus anderen Orten kämen.

Abgeordneter Harms (SPD) erkundigt sich, ob es irgendwo Auffälligkeiten dergestalt gebe, daß bestimmte Prüfgebiete nicht ausreichend besetzt seien.

Was die Nichtbesetzung angehe, so sei es erfreulich, daß der LRH insgesamt sparsam geführt werde. Bisher aber sei nur über die Planstellen für Beamte gesprochen worden. Auch bei den nichtbeamteten Kräften gebe es zwischen dem Soll von 31 und dem Ist von 22,5 eine Lücke, so daß hier das gleiche Problem bestehe. Er bitte hierzu um eine Erläuterung.

Die von den einzelnen Prüfungsgebieten vorgebrachten Wünsche würden so schnell wie möglich erfüllt, betont **Präsident Dr. Munzert**. Teilweise werde auch unter den Senaten ausgeglichen, wenn die Zusammensetzung der Prüfergruppe - erfahrene und nachwachsende Mitarbeiter - dies erforderlich erscheinen lasse.

Die andere Frage hänge mit dem Schreibdienst zusammen. Das ganze Haus sei auf Datenverarbeitung umgestellt worden. Im Gefolge dessen sei man dabei, die einzelnen Prüfungsgebiete etwas sparsamer zu bedienen: Früher habe es für jedes Prüfungs-

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

gebiet eine Schreibkraft gegeben, heute arbeiteten je zwei Prüfungsgebiete mit einer Schreibkraft.

Da man auf diesem Sektor einsparen wolle, habe man bei der Fluktuation Stellen bewußt nicht wieder besetzt. Dem liege die Überlegung zugrunde, wie die nachgeordneten sechs Staatlichen Rechnungsprüfungsämter betreut werden sollten. Dort entstehe ein Mehrbedarf an Verwaltungsarbeit, den man gegenwärtig zu quantifizieren versuche.

Die Vorstellung des LRH gehe dahin, diesen Mehrbedarf aus dem vorhandenen Personalbestand aufzufangen, wobei die Dotierung noch eine andere Frage sei. Deshalb habe man jedenfalls diese Stellen, die man bei einem normalen Lauf der Dinge als verzichtbar angesehen hätte, noch einmal mit übernommen, um zur Verzahnung zwischen den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern und dem Landesrechnungshof für 1995 die entsprechenden Stellen zu haben.

LMR'in Keisers (LRH) teilt mit, bei der Übersicht über die nichtbeamteten Kräfte, die zum 01.09.1993 gemeldet worden seien, sei übersehen worden, daß vier Arbeiter auf Angestelltenstellen geführt würden, so daß nur eine Differenz von 4,5 Stellen zwischen 31 und 26,5 Stellen bestehe. Von diesen 4,5 unbesetzten Stellen seien vier gesperrt, so daß zum 01. September nur eine halbe Stelle frei gewesen sei.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundesangelegenheiten

Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski (Ministerium für Bundesangelegenheiten) weist einleitend darauf hin, daß im Etatentwurf die Zahl der Stellen mit 54 geblieben sei.

Sie macht sodann darauf aufmerksam, daß die Stelle des Abteilungsleiters zum 01. Oktober 1993 frei geworden sei, da der Stelleninhaber durch vorzeitige Versetzung in den Ruhestand ausgeschieden sei. Über diese Stelle sei in den vergangenen Jahren auch hier im Ausschuß des öfteren gesprochen worden. Der damalige Minister für Bundesangelegenheiten, Einert, habe am 22. Februar 1986 im Hauptausschuß angekündigt, daß die B-7-Stelle nicht mehr besetzt werde, wenn der Stelleninhaber ausscheide. Sie selber und Vertreter des Ministeriums hätten in den Folgejahren

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

immer wieder deutlich gemacht, daß die Stelle nur nach erneuter Beratung in den Ausschüssen wieder besetzt werden solle.

Heute bitte sie darum, diese B-7-Stelle im Ministerium für Bundesangelegenheiten zu erhalten. Denn in den vergangenen sieben Jahren habe die Arbeit in diesem Ministerium erheblich zugenommen: Nach der deutschen Vereinigung müsse man nun 16 statt der bisher 11 Länder koordinieren und die Politiken von 16 Ländern beobachten. Außerdem sei durch das Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht und das Länderbeteiligungsverfahren erheblich mehr Arbeit und auch mehr Verantwortung auf die Länder zugekommen. Zwar seien die vergleichbaren Ministerien der anderen Bundesländer teilweise unterschiedlich organisiert; aber nur Hamburg habe keinen Abteilungsleiter unter dem Staatssekretär. Die meisten anderen Bundesratsministerien hätten sogar mehrere Abteilungsleiter und mehrere Gruppenleiter.

Nach der Geschäftsordnung der Landesregierung könnten bei 13 Referaten drei Gruppen oder, wenn man von dem Durchschnitt aller obersten Landesbehörden ausgehe, zumindest zwei Gruppen gebildet werden.

Aus diesen Gründen bitte sie darum, die Stelle des Abteilungsleiters nicht zu streichen.

Abgeordnete Berger (SPD) ist der Meinung, daß man durchaus in dieser Richtung denken könne, weil die Zunahme der Aufgaben nachvollziehbar sei. - Sie fragt, ob beim Berliner Büro, für das bisher drei Stellen vorgesehen seien, an einen weiteren Ausbau gedacht sei.

Im Augenblick, so erwidert die Staatssekretärin, sei im Berliner Büro, das mit einem Leiter, einem Sachbearbeiter und einer Sekretärin besetzt sei, nicht an einen Ausbau gedacht. Nach den bisherigen Aufgaben dürfte diese Besetzung für 1994, wahrscheinlich auch für 1995, ausreichen.

Das Berliner Büro müsse erst dann ausgebaut werden, wenn größere Teile der Bundesregierung endgültig nach Berlin umgesiedelt seien oder wenn sich die Aufgabenstellung in Berlin vermehre.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Zu einer entsprechenden Frage des Vorsitzenden führt Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski aus, der Bundesrat tage bisher noch nicht in Berlin. Vermehrt träten Bundestagsausschüsse in Berlin zusammen. Die Bundesratsausschüsse tagten je nur einmal jährlich dort; diese Sitzungen würden meist vom Bonner Büro aus wahrgenommen.

Abgeordneter Harms (SPD) möchte wissen, ob nicht schon früher, zum Beispiel im vergangenen Jahr, die dringende Notwendigkeit dieser B-7-Stellen erkennbar gewesen sei. Er fragt ferner, wie die Bundesratsministerien von Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit B-7-Stellen ausgestattet seien.

Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski (Ministerium für Bundesangelegenheiten) ist der Meinung, die Tendenz der Antworten seitens des Ministeriums in den letzten Jahren sei schon so gewesen, daß man diese Stelle eigentlich benötige.

Was den Vergleich mit anderen Bundesländern angehe, so habe Bayern außer dem Minister einen Staatssekretär, einen Amtschef im Range eines Ministerialdirektors, den es in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht gebe, darunter drei Abteilungsleiter und vier Gruppenleiter; Baden-Württemberg habe unter einem Staatssekretär zwei Abteilungsleiter und drei Gruppenleiter; Thüringen habe außer einem Staatssekretär zwei Abteilungsleiter und zwei Gruppenleiter; Rheinland-Pfalz verfüge über einen Staatssekretär, einen Abteilungsleiter und vier Gruppenleiter.

Der Vorsitzende bedauert, daß man in der Vergangenheit versäumt habe, die Selbstbindung durch das formale Ausbringen eines kw-Vermerks festzuhalten. Schließlich hätten Angehörige des Kabinetts, wie der frühere Minister Einert, und auch Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski in Person diese Selbstbindung zum Ausdruck gebracht und deutlich gemacht, daß die Stelle, wenn sie frei werde, nicht wieder besetzt werde.

Die heute vorgetragenen Argumente seien nicht neu. In der Vergangenheit habe man diese Diskussion nicht so ernsthaft geführt, weil man sich auf die erklärte Selbstbindung verlassen habe. Er kündigt für die CDU-Fraktion an, daß sie der Besetzung so nicht zustimmen werde.

Seine abschließende Frage, ob die Stelle schon wieder neu besetzt sei, verneint Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski unter Hinweis darauf, daß sie auch mit der Stellenbesetzungssperre belegt sei.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Die Staatssekretärin macht geltend, daß sie in den letzten Jahren ausweislich der Protokolle stets gesagt habe, daß die Stelle wahrscheinlich nicht mehr in der Wertigkeit besetzt werde. Nur einmal, und zwar 1986, habe Minister Einert erklärt, daß die Stelle nicht mehr besetzt werde.

Entscheidend sei, so betont Abgeordneter Walsken (SPD), ob man aus heutiger Sicht in der Sache von der Notwendigkeit der Stelle überzeugt sei. Nach dem, was auch der Gutachterdienst schriftlich dargestellt habe, sprächen doch einige gute Gründe dafür, zu der B-7-Stelle jetzt ja zu sagen. Man müsse dies im einzelnen noch einmal genau prüfen. Dabei würde er es begrüßen, wenn es gelänge, an einer anderen Stelle im Landeshaushalt eine Kompensation dafür zu finden, damit die Finanzierung geregelt sei.

Jedenfalls fuße die heute vorgetragene Begründung auf neuen Sachverhalten, die sich zu der Zeit, als die Selbstbindung zum ersten Mal eingegangen worden sei, so noch nicht dargestellt hätten. Deshalb könne man nicht so tun, als habe sich nichts verändert.

Abgeordneter Wickel (F.D.P) geht auf die von der Staatssekretärin angesprochene Wertigkeit ein und regt an, sich nicht auf eine B-7-Stelle zu versteifen, sondern abzuwarten, was die Landesregierung anzubieten habe und was verhandelbar sei.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Abgeordneter Schittges (CDU) bittet um Erläuterungen zu der hausinternen Untersuchung, die ergeben habe, daß ein Referat entfallen könne.

Leitender Ministerialrat Kerkhof (Staatskanzlei) teilt mit, Minister Clement habe entschieden, daß die Staatskanzlei ein Referat abbauen werde. Dies drücke sich in Zahlen so aus, daß eine Ministerialratsstelle A 16, eine Sachbearbeiterstelle IV b/V b BAT und eine Schreibdienststelle VII/VIII BAT gestrichen werde.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Eine Schreibdienststelle sei im Jahre 1993 frei geworden und bislang nicht wieder besetzt worden. Sie werde am 31.12.1993 abgebaut werden. Die beiden anderen Stellen hätten im Entwurf des Einzelplans 02 einen kw-Vermerk zum 31.12.1994 erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse also das Referat bestimmt werden, das abgebaut werden könne.

Da dieser Stellenabbau nicht durch eine Aufgabenreduzierung begleitet werde, werde es darum gehen, die Aufgaben verschiedener Referate so homogen zusammenzuführen, daß diese beiden Stellen noch entbehrlich würden. Die Entscheidung sei noch nicht abgeschlossen.

Der Vorsitzende fragt nach, ob schon entschieden sei, in welcher Abteilung der Abbau stattfinden solle. - Auch diese Entscheidung sei noch nicht getroffen, erwidert **LMR Kerkhof (Staatskanzlei)**. Es bestehe eine Option in der Abteilung I, weil dort Aufgaben der Gruppen I A und I B zusammengeführt werden könnten; das aber ergebe noch kein vollständiges Referat.

Abgeordneter Walsken (SPD) erinnert an die schon im Vorjahr geführte Diskussion darüber, daß es in der Landesregierung drei Ressorts mit Verfassungsreferaten gebe, nämlich das Innenministerium, das Justizministerium und die Staatskanzlei, was logischerweise dazu führe, daß sich zusätzlich jemand um die Koordination der Arbeit dieser Referate kümmern müsse.

Er richtet die Bitte an die Landesregierung, dies noch einmal zu prüfen. Hierdurch ergäbe sich möglicherweise auch eine Kompensation für die im vorhergehenden Einzelplan angesprochene B-7-Stelle, wenn man sich dazu durchringen könnte, wenigstens eines dieser Verfassungsreferate zu streichen.

LMR Kerkhof (Staatskanzlei) macht deutlich, daß in diese Richtung seine Bemerkung gezielt habe, daß dies durch Zusammenfassung von Aufgabenbereichen in den Gruppen I A und I B erreicht werden solle. In Referat I A 3 sei der Aufgabenbereich organisiert, den **Abgeordneter Walsken (SPD)** gemeint habe.

Abgeordneter Schittges (CDU) spricht die Privatisierung der Reinigungsdienste an, die in der Staatskanzlei im Gegensatz zu den meisten Ministerien bisher nicht statt-

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

gefunden habe. Er fragt, ob es in der Staatskanzlei ausschließlich hochbrisante Bereiche gebe oder welche anderen Gründe dafür maßgeblich seien.

LMR Kerkhof (Staatskanzlei) widerspricht: Die Privatisierung der Reinigungsdienste habe auch in der Staatskanzlei stattgefunden. Die Situation sei insofern etwas anders zu sehen, als die Staatskanzlei in dem einen Gebäude durch die Hausverwaltung des MAGS und in dem anderen Haus durch den MWMT betreut werde; in beiden Häusern seien die Reinigungsdienste privatisiert. Auch dort, wo die Staatskanzlei selbst die Organisationsgewalt habe, also im Fahrdienst und in der Landeszentrale für politische Bildung, seien private Reinigungsdienste tätig.

Einen eigenen Reinigungsdienst gebe es lediglich noch in Form von zwei Mitarbeiterinnen, die im Büro des Ministerpräsidenten eingesetzt seien. Dabei handle es sich um den hochsensiblen Bereich und auch um einen Bereich, in dem die Terminkoordination für private Reinigungsdienste außerordentliche Schwierigkeiten mit sich brächte.

Dort fänden nicht nur Kabinettsitzungen, sondern auch andere Sitzungen den ganzen Tag über statt, und die Reinigungsdienste könnten nur zu den sitzungsfreien Zeiten dorthin bestellt werden. Dies lasse sich, wenn man sicherheitsüberprüfte Reinigungskräfte einsetzen müsse, mit privaten Unternehmen kaum organisieren, wohl aber mit den beiden seit vielen Jahren dort tätigen Mitarbeiterinnen, die nahezu jeden Tag mehrmals kommen müßten, um ihren Dienst zu leisten.

Der Vorsitzende bittet um Erläuterung der Zahlen zu Titelgruppe 79, in der nur noch eine Planstelle geführt werde, aber der Haushaltsansatz von 76 000 auf 120 000 DM heraufgesetzt worden sei, obwohl ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern lediglich Bezüge von rund 92 000 DM erhalte.

Ferner habe er die grundsätzliche Frage zu der Vereinbarung mit den fünf neuen Bundesländern, die vorsehe, daß ab 01.01.1994 ein Anteil von 40 % übernommen werde, wo die entsprechende Einnahme erscheine.

Er vermute, so antwortet **LMR Kerkhof (Staatskanzlei)** auf die letztere Frage, daß dies im Einzelplan 20 als Einnahme erscheine.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Im übrigen habe eine Nachberechnung der Ansätze in der Titelgruppe 79 auf dem Stand von September 1993 ergeben, daß der Ansatz von 120 000 DM wahrscheinlich nicht ganz ausgeschöpft werden müsse, sondern etwa 110 000 DM Bezüge zu zahlen seien.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werde sich diese Stelle im nächsten Jahr ohnehin erübrigen, wenn der Wunsch des Landes Brandenburg nach Versetzung dieses Beamten in den brandenburgischen Dienst erfüllt werde. Das Verfahren laufe derzeit. Im Falle der Versetzung würde diese Titelgruppe entbehrlich. - Die Stelle sei, so fügt er auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden hinzu, 1994 mit einem kw-Vermerk ausgewiesen.

Der Vorsitzende geht sodann auf die im Entwurf 1994 ausgewiesenen 28 Leerstellen von MTL 4-3 bis B 10 ein und erkundigt sich, ob diese beurlaubten Mitarbeiter, wenn sie in den Dienst zurückkehrten, auch tatsächlich einen Arbeitsplatz in der Staatskanzlei fänden.

Ob die beiden Inhaber der B-10-Stellen einen Platz fänden, wisse er nicht, erklärt LMR Kerkhof (Staatskanzlei). Er gehe davon aus, daß diese beiden wie auch der Inhaber der Leerstelle A 14 nicht in den aktiven Dienst zurückkehrten. Deshalb gebe es hierfür keine personalwirtschaftlichen Überlegungen der Staatskanzlei.

Bei allen anderen Stellen, vor allem den Referatsleiterstellen, gebe es im Rahmen des allgemeinen Personalwirtschaftskonzeptes Überlegungen, wie sie eingebaut werden könnten und müßten, wenn sie zurückkehrten.

Die Rückkehr nach den Erziehungsurlauben oder Beurlaubungen aus anderen Gründen sei zwischen 1995 und 1997 zu erwarten. In diesem Zeitraum werde man Pensionierungen in beinahe demselben Umfang haben. Es fehle eine einzige Stelle, um sämtliche auf den Leerstellen befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder einzubauen. Bei der Personalfluktuations in der Staatskanzlei werde dies keine Probleme schaffen.

Die Frage des Vorsitzenden nach den Perspektiven für das Verbindungsbüro des Landes in Brüssel beantwortet LMR Kerkhof (Staatskanzlei) dahin gehend, daß es im Augenblick keine Überlegungen gebe, das Büro etwa personell aufzustocken. Zwar

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

wisse man nicht, was sich an politischen Entwicklungen und auch an organisatorischen Notwendigkeiten in der Zeit nach Maastricht ergeben werde, aber aktuelle Vorhaben stünden nicht an.

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Der Vorsitzende bittet um eine Erläuterung zu der vorgesehenen Überführung einer Stelle A 13 g. D. nach A 13 h. D.

LMR Kliege (MGFM) teilt mit, der Landesrechnungshof habe bei der letztjährigen Prüfung geltend gemacht, daß gemäß § 23 der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) die "Inneren Dienste" getrennt von dem Referat für Organisation und Personal geführt werden sollten. Das Ministerium habe keine Referent(inn)enstelle gehabt, die dafür nach der GGO vorgesehen sein solle.

Man habe es auch nicht für vertretbar gehalten, aus dem Fachbereich eine Referentin/einen Referenten hierfür abzuziehen. Deshalb habe man eine Umwandlung g. D./h. D. vorgenommen und bitte dafür um Zustimmung.

Zu Titel 422 10 fragt der Vorsitzende unter Hinweis auf die Ansatzminderung von 3,7 Millionen DM im Vorjahr auf 2,48 Millionen DM im jetzigen Haushaltsplanentwurf, was zu der hohen Veranschlagung für 1993 geführt habe.

LMR Kliege (MGFM) macht deutlich, daß es sich dabei nicht um echte Einsparungen handle. Wenn in den Haushaltsplanverhandlungen im Kabinett und anschließend im Landtag ein Stellenplan festgelegt werde, werde die Höhe der dafür einzusetzenden Bezüge geschätzt. Dies sei 1990 geschehen und dann fortgeschrieben worden.

Man habe aber nicht immer die Mitarbeiter einstellen können, die den Schätzungen zugrunde gelegen hätten. Erst im Jahr 1992 sei das Ministerium in der Lage gewesen, die Stellenpläne auf der Grundlage echter Ist-Zahlen zu veranschlagen und insofern eine Angleichung vorzunehmen. Die Schätzungen seien also zu hoch gewesen.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Der **Vorsitzende** hält es für bemerkenswert, daß der Finanzminister keine besseren Hintergrundinformationen habe liefern können, so daß diese Haushaltsansätze über zwei Jahre um ein Drittel zu hoch veranschlagt worden seien. - **LMR Kliege (MGFM)** ist der Meinung, daß es sich hierbei nicht um einen wesentlichen Punkt handle, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch der Landesrechnungshof diesen Punkt nach sorgfältiger Prüfung nicht aufgegriffen habe.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Unter Hinweis auf die vorgesehene Verlagerung einer B-4-Stelle vom Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr zum Ministerium für Bauen und Wohnen fragt der **Vorsitzende**, warum der an dieser Stelle im Einzelplan 15 ausgewiesene kw-Vermerk entfallen solle.

LMR Kahler (MSV) führt aus, die angesprochene Leerstelle solle ins Ministerium für Bauen und Wohnen verlagert werden, weil der Stelleninhaber zur Zeit bei der LEG Wohnen mbH seinen Dienst verrichte und davon ausgegangen werden müsse - und so laute auch die Verabredung mit dem Ministerium für Bauen und Wohnen -, daß nach einer denkbaren Rückkehr in den Landesdienst seine bei der LEG gesammelten Erfahrungen im Ressortinteresse des MBW lägen.

Diese personalwirtschaftliche Aktion habe letztendlich den Hintergrund, daß sich die beiden beteiligten Ressorts noch bis vor wenigen Jahren in einem Einzelplan befunden hätten, die Personalie selbst aber an die Person des jetzigen Geschäftsführers der LEG Wohnen geknüpft sei, der zuletzt in der Gruppe "Stadterneuerung und Strukturpolitik" des MSV tätig gewesen sei.

Zu den vorgesehenen sechs Hebungen im Angestelltenbereich fragt der **Vorsitzende**, ob dem Arbeitsplatzuntersuchungen vorausgegangen seien und warum die Hebungen, wenn es tarifrechtliche Ansprüche gebe, nicht schon im laufenden Jahr erfolgt seien.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Oberregierungsrat Aluttis (MSV) antwortet, es lägen Arbeitsplatzbeschreibungen des Personalreferats vor. - Mit dem Finanzminister gebe es eine Vereinbarung, derartige Hebungen immer erst im nächsten Haushaltsjahr über den Haushaltsplan auszuweisen.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, wieso ausweislich der dem Erläuterungsband beigefügten Stellenübersichten unter der Vergütungsgruppe I BAT ein Stellen-Soll 1993 und 1994 von je einer Stelle und ein Stellen-Ist zum 01.01.1993 von zwei Stellen ausgewiesen sei.

Dabei handle es sich, so erläutert **LMR Kahler (MSV)**, um eine durch die Veranschlagungsrichtlinien entstehende "optische Verzerrung". In der letzten Zeile der Übersicht finde man zwei vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte, aber die Spalte "Ist-Besetzung" weise eine Null auf. Eine dieser Stellen sei sozusagen in der Ist-Besetzung bei der Vergütungsgruppe BAT I hinzugezählt worden.

Sachlich hätte man auch so verfahren können, daß oben nur eine Stelle und unten die zweite aufgeführt worden wäre. Da aber nach den Veranschlagungsrichtlinien die Ist-Besetzungs-Spalte entsprechend der tatsächlichen Eingruppierung ausgefüllt werden müsse, habe man diese etwas unschöne Darstellungsweise wählen müssen. Im Haushaltsplan selbst seien die beiden Stellen in der Stellenübersicht auf Seite 15 wieder getrennt ausgewiesen.

Im Kapitel 15 020 seien, so stellt der **Vorsitzende** fest, bei 82 Anwärterstellen und einer zweijährigen Ausbildung jährlich 41 Einstellungen möglich. Er möchte wissen, wie viele dieser Stellen 1994 in Anspruch genommen werden sollten.

Nach den Worten von **LMR Kahler (MSV)** werden in jedem Jahr 35 neue Beamtinnen beziehungsweise Beamte im Referendardienst eingestellt; sie hätten einen zweijährigen Ausbildungssturnus. Die Zahl der Ist-Besetzungen müsse immer etwas mehr als das Doppelte von 35 sein, weil sich Verzerrungen im Ausbildungszeitraum etwa durch Beurlaubung wegen Mutterschaft, durch Verzögerungen wegen Krankheit oder durch das Nichtbestehen des Examens ergäben. Daher sei die Ist-Besetzung in der Größenordnung von 82 Stellen seit Jahren konstant beibehalten worden. Der jährliche Neuzugang von 35 Referendarinnen und Referendaren entspreche erfahrungsgemäß dem jährlichen Abgang.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
42. Sitzung

02.11.1993
the-lg

Auf Fragen des Vorsitzenden zum Fluggastkontrolldienst geht **LMR Kahler (MSV)** abschließend ein: Der Beschluß des Kabinetts über einen Wechsel des Fluggastkontrolldienstes vom Geschäftsbereich des Innenministers zum Geschäftsbereich des Ministers für Stadtentwicklung und Verkehr sei vom Kabinett selbst noch einmal überprüft worden.

Das Kabinett habe sich entschlossen, die bisherige Übung, also in Amtshilfe die Personalbewirtschaftung im Geschäftsbereich des Innenministers vorzunehmen, noch bis zum Ende des Jahres 1995 zu verlängern, weil der MSV andernfalls gezwungen gewesen wäre, eigene untere Landesbehörden zu schaffen, was mit einer eindeutigen Tendenz zur Personalausdehnung verbunden gewesen wäre; denn die Leitungs- und Personalbewirtschaftungsfunktionen, die bisher in den Dienststellen der Polizei vorgenommen worden seien, wären dadurch zusätzlich erforderlich geworden.

Das Kabinett habe also, um nicht per Saldo mehr Stellen im Landeshaushalt ausbringen zu müssen, die bisherige Lösung der Amtshilfe, die die kostengünstigste Lösung sei, verlängert. Dabei seien Sachfragen - auch die Frage der Übertragung auf den Bundesgrenzschutz - zurückgestellt worden, und zwar unter anderem auch deshalb, weil die verfassungsgerichtliche Entscheidung zur Novellierung des Luftverkehrsgesetzes noch nicht vorliege.

Diese Stellen seien also noch so wie immer ausgewiesen: im Polizeikapitel 03 110.

2 Verschiedenes

Abgeordneter Wickel (F.D.P) bezieht sich auf **Ausschußprotokoll 11/730** über die Sitzung vom 17. November 1992, das er leider erst vor wenigen Wochen erhalten habe und in dem er eine Passage mit einer wichtigen Auskunft von Ministerialdirigent Dr. Berg (damals MAGS, heute FM) zu **Kapitel 07 330** vermisste. Er bitte, das genannte Protokoll um die folgende Passage zu ergänzen: